

## 3.4. Myanmar: Zwischen Krieg und Geopolitik

*Johanna Neumann*

*Humboldt-Universität zu Berlin*

### 3.4.1. Einleitung

Seit dem Putsch des Militärs am 1. Februar 2021 und der gewaltsamen Niederschlagung des zivilen Widerstandes befindet sich das Land in einer Krise. Der Krieg, den das Militär seither brutal gegen die eigene Bevölkerung führt, lässt den Staat auf immer mehr Gebieten scheitern. Dieser Konflikt ist nicht nur eine sich immer weiter zuspitzende humanitäre Katastrophe, sondern auch von transregionaler Bedeutung. Sein Verlauf wird weitreichende geopolitische Folgen haben. Die Jahre 2024 und 2025 haben für das Land dramatische und weitreichende Veränderungen der militärischen Lage mit sich gebracht: während ein Erstarken der gegen das Militär kämpfenden Kräfte einhergehend mit großen Gebietsgewinnen das Jahr 2024 prägte, wendete sich das Blatt im Jahr 2025 mit der Entscheidung Chinas, die Regierung von General Min Aung Hlaing direkt zu unterstützen. Für die Bevölkerung Myanmars hat sich die Lage über beide Jahre hinweg weiter verschlechtert. Am 28. März 2025 wurde das Land von einem Erdbeben der Stufe 7,7 erschüttert, mit verheerenden Auswirkungen für die Menschen und die Infrastruktur des Landes. Im Dezember 2025 und Januar 2026 ließ die militärische Führung in drei Etappen Parlamentswahlen durchführen, aus denen die Proxy-Partei des Militärs, die Union Solidarity and Development Party (USDP), als Siegerin herausging.

### 3.4.2. Hintergrund des aktuellen Bürgerkrieges

Als das Militär in den frühen Morgenstunden des 1. Februar 2021 durch die gezielte Verhaftung mehrerer gewählter Politiker und Politikerinnen des Landes, inklusive der wiederholten Wahlgewinnerin und de-facto Regierungschefin, Aung San Suu Kyi, einen Putsch verübte, beendete es damit abrupt eine 10-jährige Phase der Demokratisierung, der Öffnung und des wachsenden Wohlstandes. Seither ist es darum bemüht, den begonnenen Putsch zu vollenden und sich die vollständige Macht und Kontrolle über

das Land zu sichern. Der anfängliche massive zivile Widerstand im gesamten Land gegen diese Machtübernahme wurde von Militärseite mit Waffengewalt beantwortet und wandelte sich zunehmend in militärischen Widerstand. Bis Ende 2024 verlor das Militär zunehmend an Kontrolle über das Land, ist nun aber durch die Hilfe Chinas dabei, diese zurückzugewinnen.

Seit dem Putsch gibt es in Myanmar zwei Institutionen, die jeweils für sich beanspruchen, die alleinige legitime Regierung des Landes zu sein. Das eine ist die militärische Staatsführung unter dem Vorsitz von General Min Aung Hlaing, die vom 1. Februar 2021 bis zum 31. Juli 2025 unter dem Namen Staatsverwaltungsrat, kurz SAC für State Administrative Council, auftrat und seit dem 31. Juli 2025 Staatliche Kommission für Sicherheit und Frieden (englisch: State Security and Peace Commission, SSPC), heißt. Min Aung Hlaing war als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Initiator des Putsches. Neben dem Vorsitz im SAC/SSPC bekleidet er außerdem noch die selbstverliehenen Ämter des Premierministers und des amtierenden Präsidenten. Der SAC setzte sich aus 16 Personen zusammen, davon neun aus den Reihen des Militärs. Die SSPC besteht aus zehn Mitgliedern, sieben davon sind Generäle. Seine Legitimität leitete der SAC und seine Nachfolgeinstitution von Vorwürfen ab, wonach der überragende Wahlsieg der Partei National League for Democracy (NLD) in den Wahlen vom November 2020 durch einen Wahlbetrug dieser Partei erzielt wurde, kombiniert mit dem Umstand, dass Artikel 417 der Verfassung von 2008 eine Machtübergabe an das Militär in Fällen „eines Notstandes, der den Zerfall der Union, den Zerfall nationaler Solidarität oder den Verlust der Souveränität verursachen könnte“ erlaubt.<sup>1</sup> Allerdings müsste laut Verfassung in diesen Fällen der Präsident den Notstand ausrufen und die Macht für ein Jahr an den Oberbefehlshaber der Streitkräfte übertragen und das Parlament für die Dauer des Notstandes aussetzen. Die Auflösung des neu gewählten Parlaments beziehungsweise die Verhinderung seiner erstmaligen Zusammenkunft erfolgte jedoch am 1. Februar 2021 ausschließlich durch das Militär und nach der Verhaftung des Präsidenten. Die im Dezember 2025 und Januar 2026 vom SAC veranlassten Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil der Legitimationsstrategie Ming Aung Hlaings und seines Militärs. Sie dienen dazu die Regierungsmacht von einer militärischen Übergangsregierung an eine gewählte Regierung zu übergeben und dabei dennoch fest in den Händen des Militärs zu belassen. Auch hier beruft sich die militärische Staatsführung auf die Verfassung von 2008.

Die andere Institution, die für sich beansprucht, die alleinige legitime Regierung des Landes zu sein, ist die Regierung der nationalen Einheit

oder kurz NUG für National Unity Government. Nominelle Staatsoberhäupter sind Präsident Win Myint und State Counsellor Aung San Suu Kyi, die Regierungsoberhäupter vor dem Putsch, die beide vom Militär inhaftiert wurden. Der amtierende Präsident ist Duwa Lashi La und das Regierungsoberhaupt ist Premierminister Mahn Winn Khaing Thann. Ihre Legitimation leitet die NUG aus dem bei den Wahlen 2020 erhaltenen Mandat ab. Unmittelbar nach dem Putsch am 1. Februar 2021, der die erste Sitzung des frisch gewählten Parlaments verhindert hatte, fanden sich die bis dahin noch nicht verhafteten, gewählten Abgeordneten dennoch online zusammen und gründeten ein das Parlament repräsentierendes Komitee, Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw (CRPH). Das so gegründete Ersatzparlament bildete dann die NUG.

Daher betrachtet sich die NUG als demokratisch gewählte Regierung Myanmars und kämpft seither um Anerkennung bei der internationalen Gemeinschaft. Der Umstand, dass es der NUG nicht möglich war und sein wird, ihrerseits Wahlen im Land durchzuführen, stellt sie vor ein zunehmendes Legitimitätsproblem.

Während das Militärregime die große Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, kontrolliert es im Unterschied zur NUG ein deutlich größeres Territorium mit einer größeren Bevölkerungsdichte, in dem es seine Politik und Gesetze durchsetzen kann. Allerdings ist diese Vorherrschaft über das Staatsterritorium seit Ende 2023 ernsthaft bedroht. Das Special Advisory Board Myanmar hat in einer Studie vom Mai 2024 jede der insgesamt 330 Townships nach konkreten Kriterien auf einer Skala von eins – stabile Kontrolle durch das Militärregime – bis acht – gesamte Township in stabiler Kontrolle durch Widerstand- eingeordnet. Laut dieser Studie wurden zum damaligen Zeitpunkt nur 14 % des Territoriums, in dem 32 % der Bevölkerung leben, stabil durch das Militär kontrolliert.<sup>2</sup> Die BBC sprach Ende 2024 von 21 % des Territoriums unter voller Kontrolle des Militärregimes.<sup>3</sup> Dem gegenüber stehen 34 % des Territoriums, bewohnt von 12 % der Bevölkerung, die vollständig oder zu 90 % von diversen, gegen das Militär kämpfenden bewaffneten Organisation kontrolliert werden.<sup>4</sup> Der Rest des Gebietes ist umkämpft und wird weder von der militärischen Staatsführung noch von ihren Gegnern vollständig kontrolliert. Durch eine zunehmende Einflussnahme Chinas konnte das Militärregime jedoch inzwischen einige der eroberten Gebiete zurückgewinnen, verlor aber an anderer Stelle, insbesondere an die Arakan Army, Gebiete.

Im Gegensatz zur militärischen Staatsführung verfügt die NUG über breitere Anerkennung und Unterstützung durch die Bevölkerung, kontrol-

liert aber nur einen sehr kleinen Anteil des Landes. Es ist wichtig zu bemerken, dass nicht alle Gegner:innen des Militärregimes die NUG unterstützen. Viele politische Gegner der militärischen Staatsführung, insbesondere jene, die den unterschiedlichen politischen und militärischen Organisationen der ethnischen Minderheiten des Landes angehören, sehen die NUG zumindest kritisch. Die oben erwähnten 34 % des Territoriums, das zu mindestens 90 % von Organisationen des Widerstandes kontrolliert wurde, befindet und befand sich vor allem in der Hand unterschiedlicher bewaffneter ethnischer Organisationen und nicht in der Hand der NUG. Dennoch gibt es auch eine Vielzahl militärischer Organisationen, die in unterschiedlichen Abstufungen mit der NUG zusammenarbeiten oder sogar tatsächlich von ihr koordiniert werden. Mit zunehmender Dauer des Konfliktes gelingt es der NUG immer weniger, die diversen Interessengruppen innerhalb der Widerstandsbewegung hinter sich zu vereinen und die anfänglich breite Unterstützung zu halten.

Die politisch-militärische Karte von Myanmar lässt sich also nicht einfach in pro- und anti-Regime-Gruppen unterteilen. Das liegt daran, dass viele der am Bürgerkrieg beteiligten bewaffneten Organisationen schon lange vor dem Putsch existierten und jeweils ihre eigene Agenda haben. Außerdem gibt es zunehmend neue bewaffnete Organisationen, die keiner der ethnischen Armeen angehören, aber auch nicht der NUG unterstehen.

Auch die von Aung San Suu Kyi geführte Regierung hatte nicht das gesamte Staatsgebiet unter ihrer Kontrolle. Der Bürgerkrieg in Myanmar gilt als der längste fortdauernde Bürgerkrieg der Welt und begann kurz nach der Erreichung der Unabhängigkeit im Jahr 1948. In all diesen Jahren fortdauernder Kämpfe, Verhandlungen und Waffenstillstandsabkommen hat sich eine unübersichtliche Vielzahl ethnischer Armeen gegründet, die über eine unterschiedlich große Anzahl an ausgebildeten Soldat:innen, militärischer Infrastruktur und den Zugang zu Waffen verfügen und oftmals langjährige Kampferfahrung haben. Viele, aber nicht alle dieser ethnischen Armeen haben sich dem bewaffneten Widerstand gegen das von Senior General Min Aung Hlaing geführte Militärregime, angeschlossen. Einige haben bestehende Waffenstillstandsabkommen mit dem Militärregime und stehen mit ihm in Verbindung, andere wurden von China zu Abkommen und einem gewissen Grad an Kooperation gezwungen, und wieder andere kämpfen weder explizit auf der einen noch auf der anderen Seite.

Neben den schon vor dem Putsch existierenden ethnischen Armeen hat sich nach der brutalen Niederschlagung des zivilen Widerstandes durch das Militär eine große Anzahl bewaffneter Widerstandstruppen gebildet, die

sich größtenteils als PDF, People's Defence Force, bezeichnen. Sie bestehen aus Teilen der Zivilbevölkerung, die meist aus den zentralen Gebieten des Landes stammen, die bisher nicht vom Bürgerkrieg betroffen waren und größtenteils zur ethnischen Mehrheit, den Bama, gehören. Diese über das gesamte Land verstreuten Guerilla-Gruppen unterstehen der NUG oder stehen ihr zumindest nahe und werden teilweise von ethnischen Armeen mit Waffen und Ausbildung unterstützt. Außerdem erhalten sie finanzielle Unterstützung von Burmes:innen aus dem In- und Ausland. Auch wenn die PDF-Einheiten insgesamt nicht als kampfscheidend eingeschätzt werden, tragen sie erheblich zur Schwächung des Militärs bei. Einigen von ihnen ist es gelungen einzelne Gebiete zu erobern und sie unter ihre eigene, beziehungsweise die Administration der NUG, zu stellen. Neuerdings kommt es aber auch zwischen einzelnen PDF-Einheiten und NUG immer häufiger zu Konflikten, was dazu führt, dass diese sich von der NUG los-sagen und entweder autonom kämpfen oder sich einer ethnischen Armee zuordnen.

Die zentrale Koordination des zivilen und bewaffneten Widerstandes beansprucht die NUG für sich. Im September 2021 erklärte die NUG dem SAC offiziell den Krieg und beanspruchte für sich das Oberkommando über die zahlreichen PDF-Gruppen im Land. Unter den realen Gegebenheiten ist ein solches Oberkommando häufig nicht gegeben. Eine entscheidende Wende der militärischen Lage brachte die Operation 1027, genannt nach dem Datum ihres Beginns, dem 27. Oktober 2023. Die so genannte Offensive wurde von drei ethnischen Armeen, der Three Brotherhood Alliance,<sup>5</sup> gemeinsam durchgeführt und brachte eine unerwartet große Fläche einzelner Gebiete, Stützpunkte und Städte unter die Kontrolle dieser Armeen. Als Resultat kontrollierte das Militär zwischenzeitlich deutlich weniger als 50 % des Territoriums in Myanmar. Dieser Umstand und das Fortlaufen der Operation 1027 bildeten eine wesentliche Grundlage für die Entwicklungen des Landes im Jahr 2024. Während und nach der zweiten Phase der Operation 1027 distanzieren sich die drei erfolgreichen Armeen zunehmend von der NUG. Es kann vermutet werden, dass diese Distanz ein Zugeständnis an China ist, welches die stark Richtung Westen gewandte Politik der NUG vermutlich missbilligt. Im Jahr 2025 schaltete sich China aktiv in den fortdauernden militärischen Konflikt zwischen dem Militär und den Armeen der Three Brotherhood Alliance ein und machte damit erstmalig seine klare Unterstützung für die militärische Staatsführung deutlich. Als Ergebnis der mit China ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen kam es zu Rückgaben einzelner durch die ethnischen Armeen erober-

ter militärischer und wirtschaftlicher Schlüsselgebiete an das Militär. Das betraf insbesondere strategisch wichtige Städte und Stützpunkte auf und an der Handelsroute zu China, wie etwa die Hauptstadt des nördlichen Shan States, Lashio.

### 3.4.3. Innenpolitische Entwicklungen

#### Wehrpflicht

Das Militär reagierte auf die unerwarteten Niederlagen an den unterschiedlichen Fronten im eigenen Land mit einer Aktivierung der Wehrpflicht am 10. Februar 2024. Das entsprechende Gesetz zur Wehrpflicht hatte schon seit November 2010 bestanden, war aber bis zu diesem Zeitpunkt nie genutzt worden.<sup>6</sup> Laut diesem Gesetz können Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren sowie bei Vorliegen besonderer Ausbildung oder Fähigkeiten bis zum Alter von 45 Jahren und Frauen im Alter von 18 bis 27 bzw. bis 35 Jahren zu drei Jahren und im Kriegsfall zu fünf Jahren Wehrdienst verpflichtet werden.<sup>7</sup> Wer einberufen wurde, sollte in den einzelnen lokalen Behörden das Losverfahren entscheiden, wobei zunächst einmal nur Männer berücksichtigt wurden. Die ersten Einberufungsbefehle wurden im März 2024 verschickt. Seit April berichten die staatlichen Medien ausführlich von der Ausbildung der einberufenen Wehrpflichtigen als patriotische Tat.<sup>8</sup> Angesichts des brutalen Krieges, den das Militär auch gegen Zivilisten im eigenen Land führt, löste die neue Wehrpflicht in weiten Teilen der Bevölkerung Panik aus. Ein Großteil der Männer im wehrpflichtigen Alter versuchte je nach Möglichkeiten auf legalen oder illegalen Wegen das Land zu verlassen. Berichte, dass Studentenwohnheime und ähnliche Sammelunterkünfte zum Ziel von Rekrutierungsaktionen wurden, führten dazu, dass junge Männer ihre Studien- und Ausbildungsplätze und ihre Jobs in den großen Städten des Landes verließen, um zu ihren Familien aufs Land zurückzukehren, was die ohnehin schon sehr prekäre Situation im Bildungssektor weiter eskalieren ließ und zu zusätzlichen Einkommensverlusten führte. Einen Teil der Betroffenen bewog die drohende Wehrpflicht dazu, sich den PDF oder den ethnischen Armeen anzuschließen. Gleichzeitig reagierten einzelne ethnische Armeen ebenfalls mit der Verkündung einer Wehrpflicht und Zwangsrekrutierungen in den von ihnen kontrollierten Gebieten, während dies bei anderen ohnehin schon langjährige Praxis ist.

Seither spitzt sich die Situation weiter zu. Berichte zu Unregelmäßigkeiten bei der Auswahl der Wehrpflichtigen, Korruption und Zwangsrekrutierungen mehrten sich.<sup>9</sup> Auch wird berichtet, dass die Einberufenen von der Armee als menschliche Schutzschilde verwendet werden.<sup>10</sup> Im Januar 2025 erließ der SAC zusätzliche Regeln als Ergänzung des im Februar 2024 aktivierten Wehrpflichtgesetzes. Diese Regeln verboten die Ausreise von Personen, die einen Einberufungsbefehl erhalten oder die medizinische Eignungsprüfung absolviert haben und machen Familienangehörige von Wehrpflichtigen haftbar, wenn diese es versäumen, sich bei der entsprechenden Behörde zu melden.<sup>11</sup> Die Menschenrechtsorganisation Fortify Rights berichtet, dass die thailändischen Behörden mit dem Militärregime kooperieren und illegal nach Thailand immigrierte Männer dem Militär übergeben, das sie oftmals direkt zum Militärdienst einbehält.<sup>12</sup>

## Zensus

Ein weiteres bedeutendes innenpolitisches Ereignis des Jahres 2024 war der vom 1. bis 15. Oktober 2024 durchgeführte Zensus. Er wurde zu einem weiteren Schauplatz des Kampfes um die Legitimation, das Land zu regieren. Die Widerstandsbewegung sprach der militärischen Staatsführung das Recht und die Fähigkeit ab, einen solchen Zensus durchzuführen, und boykottierte ihn mit allen Mitteln, inklusive Gewalt.

Eine Wiederholung des im Jahr 2014 nach einer 31 Jahre langen Pause erstmalig wieder durchgeführten Zensus war für das Jahr 2024 ohnehin geplant gewesen. Doch diesmal sollte der Zensus außerdem dazu dienen, die vom SAC angekündigten Neuwahlen vorzubereiten und ein akkurates Wählerverzeichnis zu erstellen. Befürchtungen, der Zensus könnte außerdem dazu dienen, Regimekritiker:innen auszuspionieren, wurden laut.<sup>13</sup> Verschiedene Gruppen des bewaffneten Widerstandes riefen daher dazu auf, die Durchführung des Zensus zu boykottieren, und es kam wiederholt zu Übergriffen auf die zumeist aus Lehrbeamtinnen in Begleitung von Polizisten und Soldaten bestehenden Zensusteams. Auf der zivilen Bevölkerung lastete ein doppelter Druck, da sie inmitten eines bewaffneten Konfliktes von militärischer Seite zur Kooperation und von den politischen Gegnern zum Boykott aufgerufen waren. Im September desselben Jahres, unmittelbar vor der Durchführung des Zensus, war Myanmar von Taifun Yagi schwer getroffen worden, und die gravierenden Überflutungen in weiten Teilen des Landes dauerten auch im Oktober noch an, als der Zensus durchgeführt wurde. Einige Medien berichteten, dass vor der Flut Geflüch-

tete gezwungen wurden, für die Dauer des Zensus zu ihren zerstörten, überfluteten Behausungen zurückzukehren. In einigen Gebieten wurde die Datenerhebung für den Zensus bis Dezember verlängert.

Kritiker:innen betrachten die während des Zensus erhobenen Daten als wenig aussagekräftig. Bemängelt werden eine unzureichende Finanzierung, mangelhafte Expertise und Schulung bei den durchführenden Personen, so wie eine zu geringe Ausweitung auf Grund der politischen Gegebenheiten sowie den durch den Taifun bedingten Umständen: Der Zensus konnte nur in 145 von 330 Townships durchgeführt werden.<sup>14</sup> Eines der am meisten zitierten Ergebnisse des Zensus war der Rückgang der Bevölkerungszahl im Vergleich zum vorangegangenen Zensus um 0,2 % von 51,5 Millionen auf 51,3 Millionen.

### Organisation von Neuwahlen

Am 28. Dezember 2025, 11. Januar 2026 und 25. Januar 2026 wurden in Myanmar Parlamentswahlen durchgeführt.

Das Militär inszeniert sich selbst als Verteidiger der Demokratie in Myanmar, das mit seinem Eingreifen einen Wahlbetrug der Wahlen von 2020 durch die politische Partei NLD verhindert hatte und nun planmäßig für geordnete Neuwahlen sorgte. Obwohl sich nationale wie internationale unabhängige Wahlbeobachter einig sind, dass es 2020 keinen solchen Wahlbetrug gab, hält das von Senior General Min Aung Hlaing geführte Regime an diesem Narrativ fest.<sup>15</sup>

Die Organisation von Neuwahlen „nach Erfüllung der Vorgaben des Notstandes im Einklang mit der Verfassung“ stellte von Beginn an die erklärte Grundlage des Putsches dar.<sup>16</sup> Diese waren dann jedoch im weiteren Verlauf der Ereignisse und angesichts des massiven Widerstandes in der Bevölkerung immer wieder verschoben und der ausgerufenen Notstand insgesamt sieben Mal verlängert worden. Die jeweils sechsmonatigen Verlängerungen des Notstandes dienten dazu, dem SAC den Anschein einer legitimen Übergangsverwaltung zu geben. Am 31. Juli 2025 lief der Notstand ohne eine weitere Verlängerung aus, wodurch die Voraussetzung für das Stattfinden der Wahlen geschaffen waren. Mit dem Auslaufen des Notstandes wurde auch der SAC als Übergangsverwaltung abgeschafft und dessen Regierungsmacht an den Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat (englisch: National Defence and Security Council, NDSC) übertragen. Dieser rief dann die State Security and Peace Commission ins Leben, welche nominell ein beratendes Regierungsorgan darstellt, faktisch aber der

Nachfolger des SAC ist. Der NDSC ist eine in der Verfassung von 2008 mit erheblicher Macht ausgestattete Institution, die eine wichtige Rolle im Legitimierungsnarrativ Min Aung Hlaings spielt. Tatsächlich änderte sich durch die Auflösung des SAC nichts und alle Macht bleibt in den Händen des Militärdiktators Min Aung Hlaing.

In der Zwischenzeit ging die militärische Staatsführung systematisch gegen alle im Land bestehenden Grundlagen für demokratische Wahlen vor. Sie verhaftete die führenden Politiker:innen gegnerischer Parteien noch in der Nacht des Putsches und verfolgt seither all jene Personen des gesellschaftlichen Lebens, die sich gegen den Putsch oder das Militär äußern. Am 17. März 2021 wurden sämtliche unabhängigen Zeitungen des Landes abgeschafft. Journalist:innen werden systematisch verfolgt. In der „Rangliste der Pressefreiheit“ der Reporter ohne Grenzen befand sich Myanmar im Jahr 2024 auf Platz 171 von insgesamt 180 Ländern. Damit zählt das Land weiterhin zu den weltweiten Schlusslichtern und rangiert unter den zehn Staaten mit der geringsten Medienfreiheit.<sup>17</sup> Auch im Jahr 2025 blieb Myanmar mit Platz 169 weiterhin ein Schlusslicht.<sup>18</sup> Weltweit und in absoluten Zahlen gemessen inhaftiert nur China mehr Journalisten als Myanmar. Berücksichtigt man jedoch das Verhältnis zur Bevölkerungszahl, hält Myanmar diesen traurigen Rekord. Auch der Zugang zum Internet wird von Seiten des Militärregimes gezielt eingeschränkt: neben strategisch motivierten Internet Blackouts ganzer Regionen und einer lückenhaften und unzuverlässigen Versorgung, wird auch der Zugang zu bestimmten Inhalten und Anbietern gesperrt. Die Nutzung von VPN wird kriminalisiert und ist mit bis zu sechs Monaten Haft strafbar.<sup>19</sup>

Am 26. Januar 2023 verabschiedete der SAC ein neues Gesetz zur Registrierung politischer Parteien.<sup>20</sup> Die NLD und 39 weiteren Parteien haben sich nicht unter dem vom SAC erlassenen neuen Gesetz für politische Parteien registrieren lassen und wurden daraufhin mit Ablauf der Frist am 28. März 2023 offiziell aufgelöst. Während sich die NLD und einige andere größere Parteien bewusst gegen eine Registrierung unter dem neuen Gesetz entschieden, konnten insbesondere kleinere Parteien oftmals die neuen Anforderungen nicht erfüllen und wurden in Folge dessen ebenfalls aufgelöst. ANFREL, das Asian Network for Free Elections, berichtet, dass 57 % der Parteien, die 2020 zur Wahl standen und zusammen 90 % der Sitze erhielten, heute nicht mehr existieren.<sup>21</sup> Führende Mitglieder der NLD, allen voran Regierungsführerin Aung San Suu Kyi und Präsident Win Myint, sind weiterhin im Gefängnis.

Im Juli 2025 wurde außerdem ein Gesetz zum Schutz der demokratischen Wahlen vor Sabotage erlassen, welches es untersagt, in jedweder Form schriftlich oder mündlich die Wahlen zu unterminieren. Bei Zuwiderhandlung drohen Strafen von drei Jahren Haft bis hin zur Todesstrafe.<sup>22</sup> Tatsächlich kam es im Vorfeld der Wahlen zu mehreren Verhaftungen und Verurteilungen von Personen, die zum Wahlboykott aufgerufen oder sich anderweitig kritisch zu den Wahlen geäußert hatten. Sogar unliebsame Facebook-Posts oder auch nur die Reaktion auf diese mit einem Emoji haben zu Verhaftungen geführt.<sup>23</sup>

Anhänger der unter dem neuen Wahlgesetz nicht registrierten und daher nun illegalen Parteien, allen voran die NLD, die NUG sowie diverse ethnische Organisationen haben sich wiederholt gegen die Durchführung von Neuwahlen ausgesprochen. Sie befürchten unter anderem, dass es dem Militärregime auf diese Weise gelingen könnte, sich in den Augen anderer Staaten zu legitimieren und seine Position als akzeptierte Regierung des Landes in der internationalen Gemeinschaft wieder zu festigen. Dass auch ein Großteil der Bevölkerung Wahlen gegenüber skeptisch ist und sie in der Mehrheit nicht als ein Weg aus der Krise betrachtet werden, zeigen zwei Studien von 2021–2022 und von 2024 zu diesem Thema.<sup>24</sup> Auf internationaler Ebene wurden die Wahlen unter anderem vom UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk, dem UN-Sonderberichterstatter Tom Andrews, der Europäischen Union und den ASEAN-Parlamentariern für Menschenrechte verurteilt.

Aufgrund des hohen Widerstandes und der nur unzureichenden administrativen Kontrolle über das Staatsgebiet fanden die Wahlen in nur 263 der insgesamt 330 Townships statt. Sie wurden verteilt über drei Phasen zwischen dem 28. Dezember 2025 und dem 25. Januar 2026 durchgeführt. Dass in einer Township Wahlen stattfanden, hieß im jeweiligen Einzelfall jedoch nicht unbedingt, dass überall in diesem Township gewählt werden konnte. In vielen der 263 Townships, in denen gewählt werden konnte, waren mehrere zu dem Township gehörende Bezirke und Gemeinden auf Grund der andauernden Konflikte von der Wahl ausgeschlossen. In einigen Townships beschränkte sich die Möglichkeit zu Wählen lediglich auf die urbanen Zentren.

Laut offiziellen Angaben der militärischen Staatsführung lag die Wahlbeteiligung in den an der Wahl teilnehmenden Gemeinden und Bezirken bei etwa 50 % und damit, diesen Angaben zur Folge, bei rund 20 % weniger als im Jahr 2020. Wenig überraschend gewann die militärnahe Union Solidarity and Development Party (USDP) mit überragender Mehrheit die Wahlen.

Sie erhielt 340 der insgesamt 421 zur Wahl stehenden Sitze des Parlaments – Pyidaungsu Hluttaw (232 Sitze der 264 zur Wahl stehenden Sitze des Pyithu Hluttaw (Oberhaus) und 108 der 157 zur Wahl stehenden Sitze des Amyotha Hluttaw (Unterhaus)) – weitere 166 Sitze werden entsprechend der Verfassung vom Militär besetzt.

### Innenpolitik der NUG

Die NUG erhebt für sich den Anspruch, die rechtmäßige Regierung des Landes zu sein, und präsentiert sich allen Widrigkeiten zum Trotz entsprechend mit Ministerien, Websites, offiziellen Statements und der Verabschiedung von Gesetzen. Obwohl sie regelmäßig als Exilregierung bezeichnet wird, befinden sich mehrere ihrer Mitglieder im Land, in von ethnischen Armeen oder PDF-Gruppen kontrollierten Gebieten. Da sich der Großteil staatlicher Institutionen inklusive des Verwaltungsapparates in der Hand der Militärregierung befindet, ist die NUG darum bemüht, parallele Institutionen über die Ministerien hinaus zu erschaffen. Das war nur durch den weitreichenden Boykott staatlicher Institutionen durch die Zivilbevölkerung denkbar, der seinen Ursprung in dem Generalstreik und der Gründung der friedlichen Widerstandsbewegung Civil Disobedience Movement (CDM) als unmittelbare Reaktion auf den Putsch hatte. Es gibt Beispiele für parallele Justizsysteme, eigene Verwaltungsstrukturen, parallele Polizeikräfte, ein paralleles Bildungssystem und ein paralleles Online-Bezahlsystem namens NUG-pay. Während Justiz, Verwaltung und Polizei unmittelbar an die tatsächlich ausgeübte Kontrolle in einem Gebiet gekoppelt sind, funktionieren Bildung und NUG-pay weitreichender und gebietsübergreifender, sind aber in diesen Fällen von funktionierenden Internetverbindungen abhängig.

Auch die bewaffneten ethnischen Organisationen und die mit ihnen verbundenen politischen Parteien und Gruppierungen errichten parallele administrative Strukturen in den von ihnen eroberten Gebieten oder weiten die bereits vorhandenen aus. Von ihnen hegt jedoch keine den Anspruch, das gesamte Land regieren oder erobern zu wollen. Stattdessen geht es um ethno-nationalistisch motivierte Autonomiebestrebungen.

Eine immer wieder von den verschiedenen Konfliktparteien heraufbeschworene Vision ist die föderale demokratische Union, die Myanmar in Zukunft werden soll. Sogar der SAC sprach in seinem Fünf-Punkte-Programm davon „eine Union basierend auf föderalen und demokratischen Prinzipien“ aufbauen zu wollen.<sup>25</sup> Die Vorstellungen, wie genau ein födera-

listisches System für Myanmar aussehen könnte, gehen dabei jedoch weit auseinander. Insbesondere der Grad der Unabhängigkeit, den dabei die einzelnen Unionsstaaten in Zukunft haben sollten, aber auch der genaue Verlauf der Grenzen dieser Staaten sind umstritten. Der Kampf der ethnischen Armeen dient also auch dazu, Tatsachen zu schaffen.

Die nun vom Militär durchgeführten Wahlen stellen für die NUG ein Legitimationsproblem dar. Selbst wenn sich alle demokratischen Kräfte und Stimmen des Landes deutlich gegen diese Wahlen ausgesprochen haben, und es offensichtlich ist, dass die im Dezember 2025 und Januar 2026 durchgeführten Wahlen weder frei noch fair waren, ist es der NUG selbst nicht gelungen, Neuwahlen durchzuführen. Es zieht seine Legitimation aus den Wahlen von 2020 und ist am Ende seiner Legislaturperiode angelangt. Die Entwicklungen im Lande haben die politischen Debatten im Vergleich zu 2020 stark verändert und verschoben, und es wird immer schwerer für die NUG, sich als Nationale Einheitsregierung, die die Bevölkerung repräsentiert, zu präsentieren.

#### *3.4.4. Außenpolitische Entwicklungen*

Die Außenpolitik beider Regierungen ist vom Kampf um internationale Anerkennung und die mit einer solchen Anerkennung einhergehende Sicherung von Ressourcen geprägt. Die NUG hat offizielle Vertretungen in acht Ländern eingerichtet und ist bei den UN vertreten.<sup>26</sup> Dennoch wird sie auch von den sie unterstützenden Staaten nicht als de-facto Regierung des Landes angesehen und hat mit zunehmendem Kontroll- und Akzeptanzverlust im Land nun auch Schwierigkeiten auf internationaler Ebene, die eigene Relevanz zu behaupten. Die militärische Staatsführung unter Min Aung Hlaing wird von vielen Staaten als de-facto Regierung betrachtet, wird jedoch teilweise von der Beteiligung an diplomatischen Treffen und Verhandlungen ausgeschlossen. Mitglieder der Staatsführung sind mit Sanktionen belegt. Länder wie Russland, China, Indien und Weißrussland behandeln Min Aung Hlaing hingegen als legitimes Staatsoberhaupt und Verhandlungspartner in bilateralen Gesprächen.

## Myanmars Rolle in Staatenbünden

### ASEAN

Als Mitglied des Südostasiatischen Staatenbundes ASEAN sah sich Myanmar schon frühzeitig unter Druck gesetzt, die zunehmend eskalierende Staatskrise unter Kontrolle zu bekommen. Während die politische Haltung der vertretenen Staaten zur politischen Lage in Myanmar variierte, herrschte jedoch Einigkeit darüber, dass eine weitere Eskalation des Bürgerkriegs und ein Scheitern des Staats negative Auswirkungen auf die gesamte ASEAN-Region haben könnten und deswegen zu verhindern seien. Es wurde ein Sondertreffen der ASEAN am 24. April 2021 einberufen, zu dem Min Aung Hlaing zwar eingeladen, dabei jedoch nicht als Staatsoberhaupt adressiert wurde. Mitglieder der NUG wurden nicht eingeladen. Min Aung Hlaing reiste an und man einigte sich auf den Fünf-Punkte-Konsens bezüglich Myanmar. Die Punkte umfassen den Verzicht auf Gewalt und Zurückhaltung aller Parteien, konstruktiven Dialog aller Parteien zur Findung einer friedlichen Lösung, die Entsendung eines Sonderbeauftragten des ASEAN-Vorsitzes als Mediator des Dialogs, humanitäre Hilfe durch die ASEAN und Einreise des Sonderbeauftragten und seiner Delegation nach Myanmar, um mit allen betroffenen Parteien zu sprechen. Nachdem es seitens Myanmars keinerlei erkennbare Bemühungen gegeben hatte, an der Umsetzung dieser Punkte zu arbeiten, und es dem von Brunei, das zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der ASEAN innehatte, entsandten Sonderbeauftragten Erywan Yusof nicht ermöglicht wurde, mit der inhaftierten Aung San Suu Kyi als einer wichtigen Repräsentantin einer der Konfliktparteien zu sprechen, reagierte das Staatenbündnis, indem es für alle folgenden Gipfel Myanmar nicht gestattete, einen politischen Vertreter zu entsenden, und damit die Teilnahme von Min Aung Hlaing ausschloss. Die NUG nutzte die Gelegenheit, eine Teilnahme aus ihren Reihen anzubieten, jedoch ohne Erfolg. Bis zum ASEAN-Gipfel in Vientiane (Laos) im Oktober 2024 hatte sich der SAC geweigert, einen nichtpolitischen Vertreter zu den Gipfeln zu entsenden. Myanmars Platz blieb daher unbesetzt. Zu diesem Gipfeltreffen in Laos sowie zum darauffolgenden Treffen 2025 in Malaysia kam Myanmar der Forderung schließlich nach und entsandte einen nichtpolitischen Vertreter. Allerdings war Myanmar auch vor 2024 weiterhin in Aktivitäten der ASEAN unterhalb der Gipfelebene eingebunden. Im Januar 2026 wurde mit der philippinischen Außenministerin Theresa P. Lazaro die inzwischen sechste Sonderbeauftragte der ASEAN für Myanmar ernannt. In einer Pres-

sekonferenz am 30. Januar 2026 erklärte sie, dass die ASEAN-Staaten bisher zu keinem Konsens bezüglich der Wahlen in Myanmar gekommen seien und sie zu diesem Zeitpunkt nicht anerkennen würden.

## UN

Auch in der Frage, wer Myanmar bei den UN vertreten soll, erheben sowohl der SAC als auch die NUG den Anspruch, die rechtmäßigen Entsender eines Repräsentanten zu sein. Der zum Zeitpunkt des Putsches amtierende UN-Botschafter Kyaw Moe Tun, der 2020 von der NLD entsandt worden war, bekannte sich zur NUG und wurde daraufhin von der Militärregierung zurückbeordert und wegen Hochverrats angeklagt. Der SAC benannte einen Ersatz für die Vertretung von Myanmar bei den UN. Zusätzlich wurde im August 2021 ein Auftragsmörder auf Kyaw Moe Tun in New York angesetzt. Der Anschlag konnte jedoch vom FBI verhindert werden.<sup>27</sup> Die endgültige Entscheidung im Disput um den rechtmäßigen Vertreter Myanmars bei den UN ist seither jedes Jahr von der Generalversammlung vertagt worden. Allerdings gilt, dass, solange keine andere Entscheidung getroffen wurde, der aktuelle Vertreter weiter in seinem Amt bleibt. Dementsprechend hat die NUG also einen Vertreter bei der UN.

Im Dezember 2022 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution zu Myanmar, in der er, unter anderem, die sofortige Beendigung aller Gewalt fordert, die Freilassung aller willkürlich Inhaftierten, einschließlich von Präsident Win Myint und Staatsrätin Aung San Suu Kyi, anmahnt, und zum politischen Dialog und dem Respekt der Menschenrechte aufruft. Außerdem wird in dieser Resolution die entscheidende Rolle der ASEAN betont und den von der ASEAN getroffenen Maßnahmen die Unterstützung ausgesprochen.<sup>28</sup>

## EU

In einer Pressemitteilung vom 2. Februar 2021 verurteilte die EU den Militärputsch aufs Schärfste und forderte die Wahlen vom November 2020 zu respektieren, das neu gewählte Parlament zu eröffnen sowie Präsident Win Myint, Staatsrätin Aung San Suu Kyi und aller weiteren festgenommenen Personen bedingungslos freizulassen. Weiterhin bietet die EU ihre Unterstützung für einen Dialog aller wichtigen Akteure an.<sup>29</sup> Seither veröf-

fentlich die EU zu jedem Jahrestag des Putsches eine weitere Erklärung, in der sie den Putsch selbst, die folgende Gewalt und die massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt und die Wichtigkeit der Rolle der ASEAN als vermittelnden Akteur betont.<sup>30</sup>

Die EU hat bisher neun Sanktionspakete gegen Myanmar verabschiedet. Dabei handelt es sich neben dem bereits bestehenden Waffenembargo und einem Embargo für Ausrüstung, die zur internen Repression eingesetzt werden kann (z. B. Wasserwerfer oder Handfeuerwaffen), sowie für sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können, um gezielte Sanktionen, die das Militärregime treffen sollen, während die Bevölkerung möglichst wenig belastet wird. Konkret wurden bisher Sanktionen gegen 106 Einzelpersonen verhängt, darunter gegen alle Mitglieder des SAC sowie Minister und stellvertretende Minister der Militärregierung. Außerdem richten sich die Maßnahmen gegen 22 Organisationen, darunter direkt vom Militär kontrollierte Unternehmen sowie staatliche und private Unternehmen, die unter militärischer Kontrolle stehen.<sup>31</sup> Die Liste wird regelmäßig erweitert. Zuletzt wurden am 25. April 2025 die von der EU verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert.

Immer wieder werden Forderungen nach einem Embargo auf Kerosin laut, da das Militär verstärkt auf seine Luftwaffe setzt und auch regelmäßig zivile Ziele angreift. Gegner eines solchen Embargos argumentieren mit den Auswirkungen, die das auch auf die Zivilbevölkerung, insbesondere auf den Transport von Hilfsgütern über Luftwege, haben könnte.<sup>32</sup>

## Bilaterale Beziehungen und Geopolitik

Myanmars bilaterale Beziehungen sind nicht erst seit dem Putsch stark von seiner geopolitisch wichtigen Lage zwischen Südasien, Ostasien und Südostasien bestimmt. Die andauernde Krise, in der sich das Land seit dem Putsch befindet, führt dazu, dass es nicht mehr in der Lage ist, seine gesamtstaatlichen Interessen außenpolitisch zu vertreten. Stattdessen werden die rivalisierenden Kriegsparteien bei ihren Versuchen, sich interne Vorteile zu verschaffen, zum Spielball der deutlich langfristiger angelegten Strategien anderer Staaten.

Hervorzuheben sind drei große Infrastrukturprojekte in der Bauphase, die die geostrategisch günstige Lage des Landes nutzen wollen. Ein weiteres, bereits fertig gebautes Projekt ist die in Kooperation von Myanmar und

Japan ins Leben gerufene Sonderwirtschaftszone Thilawa in der Nähe von Yangon. Die aktuell im Bau befindlichen Projekte sind die folgenden:

Das ist zum einen die in Kooperation mit China geplante Sonderwirtschaftszone Kyaukphyu auf der Insel Ramree in Myanmars Bundesstaat Rakhine. Das Projekt umfasst unter anderem die Errichtung eines Tiefseehafens, einer Ölraffinerie und eine Pipeline von Kyaukphyu nach Kunming in China. Der Hafen kann von Schiffen aus Ostafrika und dem Mittleren Osten angelaufen werden, die Rohöl transportieren. Die Sonderwirtschaftszone in Kyauphyu ist ein wichtiger Bestandteil des China-Myanmar Economic Corridor (CMEC) Projektes, welches außerdem den Bau von Bahnstrecken, Fernstraßen, Minen und Fabriken beinhaltet und zu Chinas Belt-and-Road-Initiative gehört.

Ein weiteres Großprojekt ist die ursprünglich in Kooperation mit Thailand geplante Sonderwirtschaftszone Dawei, ebenfalls mit einem Tiefseehafen, einer Ölraffinerie und einer mehrspurigen Verbindungsstraße zwischen dem Hafen in Myanmar und der Stadt Kanchanaburi in Thailand. Laut den thailändischen Zeitungen *Bangkok Post* und *The Nation* soll nun Russland Interesse an dem aktuell auf Eis gelegten Projekt bekundet haben.<sup>33</sup>

Das dritte große Infrastrukturprojekt ist das Kaladan Multimodal Transit Transport Project, das seit 2008 mit Indien geplant ist. Dieses Projekt beinhaltet nicht die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone. Es umfasst aber die Errichtung eines weiteren Tiefseehafens in Sittwe im Bundesstaat Rakhine, der dann per Schiffsroute mit Kolkatta verbunden wäre. Diese Seeverbindung soll mit der Erschließung des Kaladan-Flusses für Transportwege zwischen Sittwe und Paletwa in Myanmar sowie mit einer von Paletwa weiterführenden Verbindungsstraße über die Grenze bis ins indische Mizoram ergänzt werden. Auf diese Weise würde der Nordosten Indiens eine direkte Anbindung zu einem Hafen erhalten. Das Projekt ist Teil von Indiens „Look/Act East“ Politik.

Die militärischen Entwicklungen der Jahre 2024 und 2025 haben Auswirkungen auf diese und andere strategisch relevante Projekte von Myanmars Nachbarländern und daher auch auf die bilateralen Beziehungen.

So schien zum Beispiel das Kaladan Multimodal Transit Transport-Projekt schon 2019 seit der Entführung indischer Arbeitskräfte durch die Aakan Armee (AA) gefährdet und seit der Eroberung von Paletwa durch die AA im Januar 2024 unmöglich, da Indien bis dahin auf die Unterstützung des Militärregimes zur Verwirklichung des Projektes gesetzt hatte. Die indische Zeitung *The Week* berichtete im Dezember 2024 aber, dass

die indische Regierung Kontakt mit der Arakan Armee aufgenommen und Verhandlungen über eine mögliche Fortsetzung des Projektes begonnen habe. Gleichzeitig muss sie sich weiterhin mit dem Militärregime einigen, um eine Bombardierung des Projektes zu verhindern.<sup>34</sup> Im August 2025 veröffentlichte die Arakan Army eine Aussage, dass sie ausländische Investitionen in den von ihnen kontrollierten Gebieten fördert und schützt und bereit ist, bei einer Vollendung des Kaladan Multimodal Transit Transport Projekts zu kooperieren.<sup>35</sup>

Auch Chinas Politik gegenüber den unterschiedlichen Kriegsparteien in Myanmar wird von den eigenen geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Es ist das Land mit der derzeit größten Einflussmöglichkeit auf das Kriegsgeschehen in Myanmar. Chinas Interessen liegen dabei in erster Linie darin, die für seine Belt-and-Road-Initiative wichtige schon bestehende Infrastruktur in Myanmar, insbesondere die von Kyauphyu nach Kunming führende Pipeline, zu schützen, sowie die Fertigstellung der in Kyaukphyu geplanten Sonderwirtschaftszone mit dazugehörigem Tiefseehafen zu realisieren.

Weiterhin spielen der ungehinderte Zugang zu wichtigen Ressourcen wie seltene Erden und die Durchführung von Staudammprojekten sowie Sicherheitsaspekte – wie etwa die Stabilität in den Grenzregionen und die Verhinderung von illegaler Migration – eine wichtige Rolle in Chinas politischen Entscheidungen in Bezug auf Myanmar.

Ein weiteres Hauptinteresse Chinas ist die Bekämpfung der organisierten Cyberkriminalität in Myanmar. Seit der COVID-19 Pandemie hat sich die organisierte Cyberkriminalität in Südostasien verbreitet. Mit zunehmender Instabilität Myanmars haben die sogenannten Scam-Zentren in Myanmar zugenommen und sind zu einem internationalen Problem geworden. China war und ist von diesem Problem vorrangig betroffen, da insbesondere seine Staatsbürger:innen sowohl unter den Opfern des organisierten Onlinebetrugs als auch unter den Betreiber:innen der Scam-Zentren sowie unter den meist unter Zwang dort Arbeitenden sind. Es wird angenommen, dass die Operation 1027 nur mit der stillschweigenden Billigung von China durchgeführt werden konnte, da die Three Brotherhood Alliance die Schließung der an der Grenze zu China befindlichen Scam-Zentren zu einem ihrer erklärten Ziele gemacht hatte. Im Januar 2024 gelang es der Three Brotherhood Alliance, die Region Kokang, damaliger Hotspot des grenzüberschreitenden Onlinebetrugs zu erobern, die dortigen Scam-Zentren zu schließen und über 40.000 chinesische Staatsbürger:innen nach China zurückzuschicken.<sup>36</sup>

Eine zunehmende Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Widerstandsbewegungen führte jedoch dazu, dass sich die Politik Chinas gegenüber den pro-chinesischen ethnischen Armeen der Three Brotherhood Alliance im Jahr 2024 geändert hat. Nachdem die zu Beginn des Jahres 2024 durch China vermittelte Waffenruhe im Juni 2024 gebrochen wurde und die ethnischen Armeen, aber auch die PDFs, zunehmend an Gebiet und Einfluss gewannen, nutzte die chinesische Regierung ihren Einfluss auf die Armeen der Three Brotherhood Alliance, um deren weiteres Vordringen zu unterbinden. Am 22. April 2025 musste die MNDA die von ihnen eroberte Stadt Lashio im nördlichen Shan Staat unter Vermittlung Chinas an die gegnerische Militärjunta zurückgeben. Auch auf diplomatischer Seite nutzte China seinen Einfluss und lud General Min Aung Hlaing zum Mekong Summit nach Kunming ein. Im August 2025 wurde er ein weiteres Mal nach China geladen: zum Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Tianjin, wo er sowohl mit Präsident Xi Jinping als auch mit Indiens Premierminister Modi bilaterale Gespräche führte.

Während der andauernde Druck Chinas im Norden und Nordosten des Landes zur Rückgewinnung der Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete durch das Militär geführt hat, gelang es der Arakan Army, im Südwesten des Landes die eroberten Gebiete zu halten und ihre Kontrolle weiter auszubauen. Auf diese Weise ist auch die Arakan Army für China zu einem inoffiziellen Verhandlungspartner geworden, wenn es um deren große Infrastrukturprojekte geht. Kyaukphyu selbst, der Ort der geplanten Sonderwirtschaftszone mit Tiefseehafen, gehört jedoch bisher zu den wenigen Orten im Rakhine Staat, die noch nicht in der Hand der Arakan Army sind. Es gibt Berichte über vier bereits in Myanmar agierende chinesische Privatarmeen, die zum Schutz der chinesischen Firmen und Infrastrukturprojekte eingesetzt werden und über Pläne, eine gemeinsame Sicherheitsfirma zum Schutz chinesischer Projekte in Myanmar zu etablieren.<sup>37</sup> Dieses Vorgehen fördert die anti-chinesische Stimmung im Land. Im Oktober 2024 wurde ein Bombenanschlag auf das chinesische Konsulat in Mandalay verübt. Es gab keine Verletzten.

Ein weiterer wichtiger Unterstützer des Militärregimes sowohl in diplomatischer als auch in militärischer Hinsicht ist Russland. So nahm der stellvertretende russische Verteidigungsminister Alexander Fomin unmittelbar nach dem Putsch an der Militärparade anlässlich des National Arms Day teil. Am 4. März 2025 wurde General Min Aung Hlaing offiziell vom russischen Präsidenten Putin in den Kreml eingeladen. Es war die erste

Einladung, die er seit seiner gewaltsamen Machtübernahme als offizielles Staatsoberhaupt erhielt und hatte daher einen diplomatischen Charakter mit besonderem Symbolwert. Bei diesem Treffen wurde unter anderem auch ein Abkommen über die zukünftige Errichtung eines Atomkraftwerkes in der Nähe der Hauptstadt Nay Pyi Taw geschlossen. Russland ist außerdem mit Abstand der größte Waffenlieferant für das Militärregime.<sup>38</sup> Insbesondere die Luftwaffe, die das Militär zunehmend für gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung, zur Vernichtung ganzer Dörfer und für Bombenangriffe auf Schulen, Krankenhäuser und Volksfeste verwendet, wird durch Russland ausgerüstet.

Thailand ist das Nachbarland, auf welches die andauernden Konflikte die größten Auswirkungen haben. Es teilt mit Myanmar eine Grenze von insgesamt 2.401 km Länge und damit die längste gemeinsame Grenze, verglichen mit anderen Nachbarstaaten. Da die Grenzregion zu Thailand mit zu den umkämpften Gebieten gehört, stellt der andauernde Krieg für Thailand ein direktes Sicherheitsrisiko dar. Thailand beherbergt rund 70 % aller Migrant:innen aus Myanmar.<sup>39</sup> Ähnlich wie China und Indien hat auch Thailand wirtschaftliche Interessen im Land, einschließlich größerer Infrastrukturprojekte wie die Sonderwirtschaftszone Dawei oder den India-Myanmar-Thailand Trilateral Highway. Außerdem haben die kriminellen Syndikate ihre Scam-Zentren nun in das Gebiet um Myawaddy an der Grenze zu Thailand verlegt, wo sie in der Zeit zwischen 2024 und 2025 rasant anwuchsen. Seit September 2025 kam es von Seiten der Militärregierung in Myanmar zu mehreren Razzien und öffentlichkeitswirksamen Abrissen, insbesondere in den Zentren KK Park und Shwe Ko Ko. Tausende Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, die in diesen Zentren gearbeitet und gewohnt hatten, flohen vor den Razzien über den Fluss Moei nach Thailand, wo sie versorgt werden mussten. Die strukturellen Ursachen dieser Scam-Zentren, nämlich die Existenz eines rechtsfreien Raums, in dem kriminelle Organisationen, öffentlich und für jeden sichtbar, eigene Städte ausschließlich zum Zweck des Betrügens errichten können, bleiben jedoch bestehen.

Ein weiteres Resultat dieses rechtsfreien Raums ist der unregulierte Abbau seltener Erden, der zu massiven Umweltverschmutzungen führt und die Flüsse vergiftet. Betroffen war davon im Jahr 2025 auch der Kok-Fluss, der aus dem Shan Staat in Myanmar nach Thailand fließt.

## Soziale und humanitäre Entwicklungen

Die humanitäre Lage in Myanmar ist katastrophal. In über der Hälfte von Myanmar 330 Townships wird aktiv gekämpft, in 61 Townships wurde das Kriegsrecht verhängt.<sup>40</sup> Inzwischen gibt es über 3,5 Millionen Binnenflüchtlinge in Myanmar. Das entspricht 6 % der Gesamtbevölkerung. Die überwiegende Mehrheit davon, nämlich 3,2 Millionen, musste erst nach dem Putsch am 1. Februar 2021 fliehen.<sup>41</sup> Myanmar ist laut *Landmine Monitor* das zweite Jahr in Folge das Land mit den meisten Opfern von Landminen weltweit.<sup>42</sup> Immer wieder wird die Zivilbevölkerung zum Ziel militärischer Angriff, insbesondere von Luftangriffen. So wurden z.B. im Mai und September 2025 drei verschiedene Schulen und im Dezember 2025 ein Krankenhaus bombardiert.

Im Jahr 2025 stieg der Anteil der Bevölkerung, die von akuter Ernährungsgefährdung betroffen ist, auf 30 % im Vergleich zu 25 % im Vorjahr und 19 % im Jahr 2023.<sup>43</sup>

Zu den verheerenden Auswirkungen des Krieges kommen Naturkatastrophen hinzu. Am 28. März 2025 wurde Myanmar von einem Erdbeben der Stufe 7,7 erschüttert. Das Epizentrum des Bebens lag in Sagaing, einer der Konfliktzonen Myanmar. Seither hat es über 400 Nachbeben gegeben. Die Angaben der Toten variieren von 5.352<sup>44</sup> und 3.727.<sup>45</sup> Schätzung des U.S. Geological Surveys lassen befürchten, dass die Anzahl der Toten sogar noch um vieles höher sein könnte.<sup>46</sup> Die Zerstörungen durch das Beben sind verheerend und erstrecken sich Hunderte von Kilometern weit quer durch das ganze Land. Laut UNHCR waren 15 Millionen Menschen in Myanmar direkt von dem Erdbeben betroffen.<sup>47</sup> Viele haben ihre Häuser verloren, und auch die ärztliche Versorgung der Verletzten musste größtenteils unter freiem Himmel stattfinden. Zwei Monate nach dem Erdbeben begann die Regenzeit. Krankheitsausbrüche, insbesondere von Cholera, Dengue Fieber, Malaria und Tuberkulose treten vermehrt auf und haben für eine zunehmend von Armut betroffene Bevölkerung katastrophale Auswirkungen. Trotz anfänglich großer internationaler Spendenbereitschaft als Reaktion auf das Erdbeben und der Lieferung von vielen Tonnen an Hilfsgütern gelangte nur wenig der internationalen Hilfe zu den Betroffenen, insbesondere wenn diese sich in Konfliktzonen befinden. Das Militär verhindert nicht nur die Verteilung der dringend benötigten Hilfsgüter in den am schlimmsten betroffenen Gebieten, unmittelbar nach dem Erdbeben setzte es auch seine Bombenangriffe auf diese Gebiete und auf die aus den Häusern ins Freie geflohenen Menschen fort. Einen Tag nach dem

Erdbeben erklärte die NUG einen einseitigen temporären Waffenstillstand, gefolgt von der Three Brotherhood Alliance am 1. April 2025. Am 2. April 2025 riefen schließlich auch die Militärjunta und zum Schluss die Kachin Independence Organization einen Waffenstillstand aus. Alle Parteien haben den erklärten Waffenstillstand gebrochen. Das Militär hat weiter Luftangriffe in betroffenen Gebieten durchgeführt. Offiziell lief der letzte mit dem Erdbeben begründete Waffenstillstand des Militärs am 30. Juni 2025 aus.

Das Erbeben vom März 2025 ist jedoch nicht die einzige Naturkatastrophe von der das Land seit dem Putsch heimgesucht wurde. Taifun Yagi im September 2024 löste Überflutung in 192 Townships aus. Von der Flut waren 2,4 Millionen Menschen, mehr als ein Drittel aller Betriebe in Myanmar und über die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe betroffen.<sup>48</sup> Das hat der Reisernte stark geschadet. 34 % der Bauern berichteten außerdem einen Verlust von Saatgut und Dünger, wodurch ein Einbruch auch bei nachfolgenden Ernten zu befürchten ist. Im Mai 2023 hatte Zyklon Mocha ebenfalls verheerende Schäden im Land angerichtet. Auf dem Climate Risk Index belegt Myanmar Platz 4 der zwischen 1993 und 2022 am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder.<sup>49</sup> Klimaprognosen sagen für Myanmar eine Zunahme von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Dürre, Zyklone und Extremtemperaturen voraus.<sup>50</sup>

Zu den Auswirkungen der letzten drei großen Naturkatastrophen in Myanmar kommen die steigende Inflation, der hohe Anteil an Binnenflüchtlingen im Land, die schlechte wirtschaftliche Lage, die zu einem Mangel an Arbeitsplätzen führt und natürlich die Kampfhandlungen, die in vielen Gebieten ebenfalls zu Ernteausfällen führen. Ein weiteres Problem ist die Stromknappheit. Im Frühjahr 2025 wurde der Strom so stark rationiert, dass es selbst in der größten Stadt, Yangon, nur noch vier Stunden Strom am Tag gab. Die Lage hat sich seit Anfang 2026 durch die Fertigstellung eines Gaskraftwerkes jedoch verbessert.

Während die staatliche Infrastruktur vielerorts versagt, der Druck auf die Zivilbevölkerung stetig wächst, das Militär regelmäßig Luftangriffe gegen zivile Ziele, inklusive Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingscamps fliegt und auch PDFs und ethnische Armeen Menschenrechtsverletzungen begehen, zeigt sich eine beeindruckend aktive und solidarische Zivilgesellschaft, die oftmals unabhängig von den politischen Konfliktparteien organisiert ist. vielerorts ist es diesen kleinen, privat organisierten Zusammenschlüssen von Helfenden und ihrem Netzwerk zu Exilburmes:innen zu verdanken, dass überhaupt humanitäre Hilfe geleistet wird. Leider ist jede Form von Zusammenschlüssen und Organisation insbesondere mit Verbindung

zum Ausland in den Augen des Militärregimes suspekt und wird daher aktiv behindert und ist mit einem persönlichen Sicherheitsrisiko für die Helfenden verbunden. Menschen aus Myanmar im In- und Ausland zeigen ein beachtliches Engagement mit ihrer Bereitschaft zu Spenden, unentgeltlich zu arbeiten und persönliche Risiken einzugehen, um den Opfern des andauernden Konfliktes zu helfen. Dennoch werden nach nunmehr fünf Jahren die Kräfte und Ressourcen kleiner.

## Deutschland und Myanmar

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Myanmar beschreibt das Auswärtige Amt als „seit 2017 [...] durch das Vorgehen des Militärs gegen die muslimische Bevölkerungsgruppe der Rohingya belastet“.<sup>51</sup> Infolgedessen wurde 2020 die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit eingestellt. Humanitäre Hilfe ist davon nicht betroffen. Deutschland verurteilt den Putsch, fordert ein Ende der Gewalt, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Wiedereinsetzung der demokratisch gewählten Institutionen. Es benennt den inhaftierten Präsidenten Win Myint als rechtmäßiges Regierungsoberhaupt und General Min Aung Hlaing als faktischen Staatschef und Regierungsoberhaupt. Im November 2023 trat Deutschland zusammen mit fünf weiteren Staaten dem 2019 von Gambia eingeleiteten Völkermord-Verfahren gegen Myanmar vor dem Internationalen Gerichtshof bei. Im Januar 2026 fanden die Anhörungen statt. Ein Urteil wird frühestens im Frühjahr 2026 erwartet. In seiner Reisewarnung rät das Auswärtige Amt deutschen Staatsangehörigen, vor einer Reise nach Myanmar ihr Testament zu machen.<sup>52</sup>

Die von der Europäischen Union gegen Myanmar verhängten Sanktionen gelten selbstverständlich auch für die Bundesrepublik. Dennoch gibt es deutsche Unternehmen, die weiterhin Geschäfte mit dem Militärregime in Myanmar machen. Bisher hat die deutsche Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei deutsche Firmen, MAN Energy Solutions, ND SatCom GmbH und eine weitere ungenannte Firma erhoben und Ermittlungen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Sanktionen eingeleitet.<sup>53</sup> Die zivilgesellschaftliche Initiative Justice for Myanmar, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Unterstützung der Militärregierung durch internationale Firmen, Organisationen und Staaten aufzudecken, veröffentlicht immer wieder auch Vorwürfe gegen deutsche Firmen und Organisationen.

Ein weiterer wichtiger, wenn auch indirekter Schnittpunkt zwischen Deutschland und Myanmar ist die zunehmende Umstellung auf Elektro-

mobilität in Deutschland. Diese ist ohne seltene Erden nicht möglich. Die seltenen Erden, die dafür in Deutschland schon heute zum Einsatz kommen, stammen mit großer Sicherheit oft aus Myanmar. So enthalten etwa 95 % aller elektronischen Autos einen Permanentmagneten, zu dessen Herstellung die seltenen Erden Dysprosium und Terbium benötigt werden. Permanentmagneten kommen auch in einer Vielzahl alltäglicher elektronischer Haushaltsgeräte, wie Waschmaschinen und Staubsaugern vor und werden auch in Windkraftwerken verwendet. Myanmar ist Weltmarktführer dieser beiden so wichtigen seltenen Erden. Fast zwei Drittel des Dysprosiums und Terbiiums auf dem globalen Markt kommen aus Myanmar und werden über China gehandelt.<sup>54</sup> Der unregulierte Abbau seltener Erden in Konfliktzonen trägt nicht nur mit hoher Wahrscheinlichkeit zur weiteren Eskalation der Konflikte bei und geschieht gegen die Interessen der lokalen Zivilbevölkerung, sondern zerstört großflächig und nachhaltig Lebensraum und vergiftet Flüsse.<sup>55</sup>

Obwohl nur wenige Burmes:innen in Deutschland leben, gibt es dennoch eine Anzahl an kleineren und größeren Vereinen und Gruppierungen, die zu Myanmar arbeiten. Politisch aktiv ist dabei vor allem der Verein German Solidarity Myanmar, der mit Briefings zur aktuellen Lage, Newsletter, Demos, offenen Briefen an Volksvertreter und anderen Veranstaltungen auf die Situation in Myanmar aufmerksam macht.<sup>56</sup> Das Myanmar-Institut e.V. vernetzt akademisch zu Myanmar Arbeitende im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus, indem es jährlich eine Konferenz zu Myanmar in Europa organisiert.<sup>57</sup>

## Notes

- 1 „If there arises or if there is sufficient reason for a state of emergency to arise that may disintegrate the Union or disintegrate national solidarity or that may cause the loss of sovereignty, due to acts or attempts to take over the sovereignty of the Union by insurgency, violence and wrongful forcible means, the President may, after co-ordinating with the National Defence and Security Council, promulgate an ordinance and declare a state of emergency.” *Constitution of the Republic of the Union of Myanmar*, 2008, Art. 417, [https://www.myanmar-law-library.org/IMG/pdf/constitution\\_de\\_2008.pdf](https://www.myanmar-law-library.org/IMG/pdf/constitution_de_2008.pdf).
- 2 Special Advisory Council for Myanmar, *Briefing Paper: Effective Control in Myanmar 2024 Update*, 30. Mai 2024, 13, <https://specialadvisorycouncil.org/2024/05/briefing-paper-effective-control-in-myanmar-2024-update/>.
- 3 Rebecca Henschke et al., „Soldier-Spies in Myanmar Help pro-Democracy Rebels Make Gains”, *BBC News*, 20. Dezember 2024, <https://www.bbc.com/news/articles/c390ndrnyl7o>.

- 4 Special Advisory Council for Myanmar, *Briefing Paper*, 13.
- 5 Mitglieder der Three Brotherhood Alliance sind die Ta'ang National Liberation Front (TNLA – Armee der ethnischen Ta'ang/ Palaung), die Myanmar National Democracy Alliance Army (MNDA – Armee der ethnischen Kokang) und die Arakan Army (AA – Armee der ethnischen Rakhine).
- 6 *National Service Law*, Gesetz Nr. 27/2010 (2010), <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2024/02/National-Service-Law.pdf>.
- 7 *National Service Law*.
- 8 Myanmar News Agency, „People's Military Servants Training No 1 Begins across Various Commands“, *Global New Light Of Myanmar*, 9. April 2024, <https://www.gnmlm.com.mm/peoples-military-servants-training-no-1-begins-across-various-commands/>.
- 9 Nelly Ng, „Myanmar: Young People Attempt to Flee Ahead of Conscription Order“, *BBC News*, 26. Februar 2024, <https://www.bbc.com/news/world-asia-68345291>; Rebecca Ratcliffe and Aung Naing Soe, „They Have Lists of Everyone's Names': Myanmar Conscription Law Unleashes Wave of Fear“, *The Guardian*, 28. Februar 2024, <https://www.theguardian.com/global-development/2024/feb/28/myanmar-military-conscription-law-details>.
- 10 Shaikh Azizur Rahman, „Young Rohingya Men Abducted, Forced into 'Human Shield' Roles by Myanmar Military“, *Voice of America*, 30. Mai 2024, <https://www.voanews.com/a/young-rohingya-men-abducted-forced-into-human-shield-roles-by-myanmar-military/7636436.html>.
- 11 “If any citizen who reached the age to do national service is summoned to register according to section 9 (a) of the Law and fails to report, the Township Body shall visit the absent person's family and investigate. A member of the absent person's family must present solid evidence showing the reason for which the summoned person is absent or where he or she is located, and must report to fill in the registration form on the absent person's behalf.”  
*National Service Rules*, Gesetz Nr. 2/2025 (2025), Abschn. 33(a), <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2025/01/National-Service-Rules.pdf>.
- 12 Fortify Rights, „Thai Authorities, Myanmar Junta Cooperating in Forced Return, Conscription of Myanmar Nationals“, 12. Dezember 2025, <https://www.fortifyrights.org/all-our-work/>.
- 13 „Census or Spy Op? Upcoming Population Count Raises Alarm“, *Frontier Myanmar*, 14. September 2023, <https://www.frontiermyanmar.net/en/census-or-spy-op-upcoming-population-count-raises-alarm/>.
- 14 „Initial Results of Imprecise Census in Myanmar Show a Slight Population Drop“, *AP News*, 31. Dezember 2024, <https://apnews.com/article/census-conflict-election-military-population-8c00211b6f5b07b945fb1b5f6285f54a>.
- 15 ANFREL et al., „Joint Statement by International Election Experts and Organizations on Myanmar“, *International IDEA*, 31. Januar 2023, <https://www.idea.int/news/joint-statement-international-election-experts-and-organizations-myanmar>.
- 16 Ministry of Foreign Affairs, „Press Release from MOFA“, *Global New Light of Myanmar* (Nay Pyi Taw), 28. Februar 2021, <https://www.burmalibrary.org/sites/burmalibrary.org/files/obl/GNLM2021-03-01-red.pdf>.
- 17 Reporter ohne Grenzen, „Rangliste der Pressefreiheit 2024“, Mai 2024, [https://www.rerporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste\\_2024/RSF\\_Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2024.pdf](https://www.rerporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2024/RSF_Rangliste_der_Pressefreiheit_2024.pdf).

- 18 Reporters without Borders, „RSF World Press Freedom Index 2025“, abgerufen am 10. Januar 2026, <https://rsf.org/en/index>.
- 19 Das Cybersecurity Law vom 1. Januar 2025, welches unter anderem die unautorisierte Nutzung von VPN unter Strafe stellt, trat am 30. Juli 2025 in Kraft. Sebastian Pawlita, „Lincoln-Newsletter-202“, Newsletter, Lincoln Legal Services (Myanmar) Limited, 31. Juli 2025, <https://www.lincolnmyanmar.com/wp-content/uploads/2025/07/Lincoln-Newsletter-202.pdf>.
- 20 *Political Parties Registration Law*, State Administration Council Law Nr.15/2023 (2023), <https://www.moi.gov.mm/moi:eng/laws/9320>.
- 21 ANFREL, „Myanmar: A Junta-Staged Election in the Midst of a War“, Data Dive Nr. 25, *ANFREL News*, 19. Dezember 2025, <https://anfrel.org/myanmar-a-junta-stage-d-election-in-the-midst-of-a-war-data-dive-issue-no-25/>.
- 22 Pawlita, „Lincoln-Newsletter-202“.
- 23 Myanmar Internet Project, „Speech Under Siege of Electoral Law in Myanmar“, *Myanmar Internet Project* (Blog), 22. November 2025, [https://www.myanmarinterne.t.info/post/sham\\_election\\_law\\_and\\_freedom\\_of\\_expression-1](https://www.myanmarinterne.t.info/post/sham_election_law_and_freedom_of_expression-1).
- 24 Kyaw Yin Hlaing, „Could Elections Provide a Way Out of Myanmar’s Political Crisis“, *Fulcrum*, 24. September 2024, <https://fulcrum.sg/could-elections-provide-a-way-out-of-myanmars-political-crisis/>.
- 25 State Administration Council, „Five-Point Roadmap for State Administration Council“, Ministry of Information, o. D., abgerufen am 29. April 2025, <https://www.moi.gov.mm/moi:eng/sites/default/files/2023-08/5.pdf>.
- 26 Ministry of Foreign Affairs (NUG Myanmar), „Country Representatives of NUG of Myanmar“, abgerufen am 18. April 2025, <https://mofa.nugmyanmar.org/representatives-new/>.
- 27 „Two Myanmar Nationals Arrested by US“, *DW*, 7. August 2021, <https://www.dw.com/en/two-myanmar-nationals-arrested-by-us-authorities-over-assassination-plot/a-58788182>.
- 28 UN Security Council, Resolution 2669 (2022), 21. Dezember 2022, S/RES/2669 (2022), abgerufen am 29. April 2025, <https://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/N2276733.pdf>.
- 29 Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union“, 2. Februar 2021, abgerufen am 29. April 2025, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/02/02/myanmar-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>.
- 30 Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union“, 31. Januar 2022, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/01/31/myanmar-burma-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>; Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union zum zweiten Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär“, 31. Januar 2023, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/01/31/myanmar-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-2nd-anniversary-of-the-military-take-over/>; Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der Europäischen Union zum dritten Jahrestag des Militärputschs“, 31. Januar 2024, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/01/31/myanmar-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-the-3rd-anniversary-of-the-military-coup/>;

- Rat der Europäischen Union, „Myanmar/Birma: Erklärung der Hohen Vertreterin im Namen der EU zum vierten Jahrestag des Putsches“, 31. Januar 2025, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/01/31/myanmarburma-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-fourth-anniversary-of-the-coup/>.
- 31 Rat der Europäischen Union, „EU-Sanktionen gegen Myanmar“, 4. Dezember 2024, <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-myanmar/>.
- 32 Majid Lenz und Nyein Chan May, „Evaluating European Union Actions in Post-Coup Myanmar - Part 2“, *DVB*, 28. Dezember 2024, <https://english.dvb.no/evaluating-eu-actions-in-post-coup-myanmar-part-2/>.
- 33 „Russia Eyes Long-Stalled Dawei Megaproject in Myanmar“, *Bangkok Post*, 23. Januar 2025, <https://www.bangkokpost.com/business/general/2945905/russia-eyes-long-stalled-dawei-megaproject-in-myanmar>; „Russia, Myanmar Sign Deal for Dawei SEZ, Port, and Oil Refinery Projects“, *The Nation*, 25. Februar 2025, <https://www.nationthailand.com/news/asean/40046710>.
- 34 Rajeev Bhattacharyya, „India-Myanmar: Why Kaladan Transit Project Could Resume Soon“, *The Week*, 1. Dezember 2024, <https://www.theweek.in/theweek/current/2024/11/23/india-myanmar-kaladan-multi-modal-transit-project.html>.
- 35 Development Media Group, „A Pledges to Protect Foreign Projects in Arakan State“, 13. August 2025, <https://www.dmediag.com/news/aptpf.html>.
- 36 Emily Fishbein und Nu Lusan, „Under Siege in Myanmar’s Cyber-Scam Capital“, *Al Jazeera*, 29. Juli 2024, <https://www.aljazeera.com/news/longform/2024/7/29/under-siege-in-myanmars-cyber-scam-capital>.
- 37 Khandakar Tahmid Rejwan und Scott N. Romaniuk, „China’s Geopolitical Balancing Act in Post-Coup Myanmar“, *Geopolitical Monitor*, 22. April 2025, <https://www.geopoliticalmonitor.com/chinas-geopolitical-balancing-act-in-post-coup-myanmar/>.
- 38 Tom Andrews, „The Billion Dollar Death Trade: The International Arms Network That Enable Human Rights Violations in Myanmar“, *United Nations Human Rights Special Procedures*, 17. Mai 2023, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/document/s/countries/myanmar/infographic-sr-myanmar-2023-05-17.pdf>.
- 39 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor: Compounding Crises - Special Focus: International Migration from Myanmar*, no. 195482, Myanmar Economic Monitor (World Bank Group, 2024), 4, <https://documents.worldbank.org/curated/en/099121024092015654>.
- 40 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor*, 1.
- 41 UNHCR, „Myanmar UNHCR Displacement Overview 03 Mar 2025“, UNHCR Operational Data Portal (ODP), 3. März 2025, abgerufen am 11. März 2025, <https://data.unhcr.org/en/documents/details/114925>.
- 42 International Campaign to Ban Landmines, *Landmine Monitor 2024*, no. 26 (ICBL-CMC, 2024), <https://www.the-monitor.org/online-reader/landmine-monitor-2024?anchor=Major-Findings-137262>; International Campaign to Ban Landmines, *Landmine Monitor 2025*, no. 27 (ICBL-CMC, 2025), <https://www.the-monitor.org/api/assets/reports/Landmine-Monitors/LMM2025/Downloads/Landmine-Monitor-2025-Final-Online-updated.pdf>.
- 43 GIEWS information and early warning system on food and agriculture, „GIEWS Country Brief - The Republic of the Union of Myanmar“, Food and Agriculture Organization of the United Nations, 5. September 2025, <https://www.fao.org/giews/countrybrief/country/MMR/pdf/MMR.pdf>.
- 44 Yaung Ni, „ငလျင်ဘေးသင့်ဒေသခံများ ယာယီနေထိုင်သည့်နေရာများတွင် အိမ်သာ မလုံလောက်မှုနှင့် ရင်ဆိုင်နေရ“; *Mizzima*, 9. April 2025, <https://bur.mizzima.com/2025/04/09/52626>.

- 45 „ငလျင်ကြောင့်သေဆုံးသူ ၃၇၇ ဦးအထိရှိလာကြောင်း စစ်ကောင်စီပြော“, *Radio Free Asia*, 16. April 2025, <https://www.rfa.org/burmese/news/myanmar-earthquake-death-toll-rises-to-3727-04162025121757.html>.
- 46 Steven Sobieszczyk und Ayesha Davis, „M7.7 Mandalay, Burma (Myanmar) Earthquake“, *U.S. Geological Survey*, 3. April 2025, <https://www.usgs.gov/news/featured-story/m77-mandalay-burma-myanmar-earthquake>.
- 47 UNHCR, „Emergency Appeal – Myanmar Earthquake“, abgerufen am 25. April 2025, <https://www.unhcr.org/emergencies/myanmar-earthquake>.
- 48 Kemoh Mansaray et al., *Myanmar Economic Monitor*, 1.
- 49 Lina Adil et al., „Climate Risk Index 2025 Summary“, Germanwatch e.V., 12. Februar 2025, [https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-02/Climate%20Risk%20Index%202025%20Summary%20DE\\_0.pdf](https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2025-02/Climate%20Risk%20Index%202025%20Summary%20DE_0.pdf).
- 50 „World Bank Climate Change Knowledge Portal - Myanmar“, *Climate Knowledge Portal*, abgerufen am 25. April 2025, <https://climateknowledgeportal.worldbank.org/>.
- 51 Auswärtiges Amt, „Deutschland und Myanmar: Bilaterale Beziehungen“, Auswärtiges Amt, abgerufen am 25. April 2025, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/myanmar-node/bilateral-212106>.
- 52 Auswärtiges Amt, „Myanmar: Reise- und Sicherheitshinweise“, Stand 28. Februar 2026, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/reiseundsicherheit/myanmarsicherheit-212100>.
- 53 „JFM Welcomes German Criminal Investigation into MAN Links to Myanmar Navy Warship after Complaint“, Justice For Myanmar, 31. Juli 2023, <https://www.justiceformyanmar.org/press-releases/jfm-welcomes-german-criminal-investigation-into-man-links-to-myanmar-navy-warship-after-complaint>;  
„JFM Welcomes German Criminal Investigation into ND SatCom“, Justice For Myanmar, 18. Oktober 2023, <https://www.justiceformyanmar.org/press-releases/jfm-welcomes-german-criminal-investigation-into-nd-satcom>;  
Felix Klauser, „Militärjunta in Myanmar: Deutsche Technik für Diktatoren“, *ZDFheute*, 31. Oktober 2023, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/myanmar-satellit-technik-deutschland-militaer-100.html>; Thomas Fromm et al., „In den Untiefen des Welthandels“, *Süddeutsche.de*, 31. Juli 2023, <https://www.sueddeutsche.de/projekt-e/artikel/wirtschaft/man-es-myanmar-militaerjunta-schiff-e890931/>.
- 54 Johanna Sydow, „Rare Earths: Why European Industries Are Dependent on Myanmar“, Heinrich-Böll-Stiftung, 29. April 2025, <https://www.boell.de/en/2025/04/29/rare-earths-why-european-industries-are-dependent-on-myanmar>.
- 55 Myanmar Now and Finance Uncovered, „လျှပ်စစ်ကားထုတ်ရာတွင် စစ်တပ်ထိန်းချုပ် မြန်မာ့မြေရာသတ္တုများ ပါဝင်နိုင်“, *Myanmar Now*, 25. November 2021, <https://myanmar-now.org/mm/news/9439/>.
- 56 German Solidarity Myanmar (GSM), „Willkommen bei GSM“, o. D., abgerufen am 25. April 2025, <https://www.solidarity-myanmar.de/>.
- 57 *Myanmar-Institut e. V.*, abgerufen am 25. April 2025, <https://myanmar-institut.org/>.

